

# Guter Vorsatz: Mit einer Stimme sprechen

Nach dem Bürgerentscheid: Niddataler Parteivertreter wollen in Zukunft mehr zusammenarbeiten

Niddatal (hed). Eine Woche nach dem Bürgerentscheid zum Sporthallenbau, bei dem das Interesse der Niddataler an der Stadtpolitik doch einen spürbaren Auftrieb bekommen hatte, versuchen

die Parteien, ihre Lehren aus dem Ergebnis zu ziehen. Der gute Vorsatz aller: Vor dem Hintergrund der finanziell angespannten Lage wollen die Stadtverordneten endlich an einem Strang ziehen.

Der Bürgerentscheid habe gezeigt, wie tatkräftig Bürger werden könnten, wenn das Thema sie bewege, resümiert Bürgermeister Dr. Bernhard Hertel. Gerade in Zeiten der allgemeinen Politikverdrossenheit seit das Engagement hoch zu bewerten – auch wenn das Ergebnis (74 Prozent hatten sich gegen den Bau der Zweifelhalle ausgesprochen) letztlich nicht so ausgefallen sei, wie er es sich erhofft habe. »Aber es hat Leben hereingebracht.« Knapp 600 Besucher in acht Veranstaltungen sprächen für sich. »Auch für künftige Fragestellungen werden wir die Rückkopplung in der Bevölkerung suchen.« Das kann sich Hertel wohl auch für das damals von CDU, Grünen und FDP abgelehnte Gollacker-Baugebiet vorstellen. »Das Thema wird wieder auf den Tisch kommen«, betont der Bürgermeister.

So weit zu den positiven Erkenntnissen: Geörgert habe ihn dagegen, wie einzelne Hallenbefürworter – zum Beispiel der Rektor der Geschwister-Scholl-Schule oder dessen Elternbeiratsvorsitzender – zum Ende des Wahlkampfes angegangen worden seien. »Wenn sich ein Schulvertreter nicht für eine Verbesserung des Standorts einsetzen würde, dann wäre das bemerkenswert.« Für die künftige Parlamentsarbeit hofft Hertel, dass die »Hallen-Opposition« neu zu finanzierende Projekte unter dem gleichen Kriterien betrachtet wie sie es bei der Halle getan habe.

Die letzten Wochen hätten zudem gezeigt, dass die Stadt »noch nicht wirklich zusammengewachsen« sei. Es sei eine Aufgabe der Politik, dem entgegenzutreten. Ein Patentrezept dafür hat der Bürgermeister nicht. »Aber daran wollen wir arbeiten.«

Auch für den SPD-Vorsitzenden Lutz Sierach hat der Entscheid gezeigt, dass das



Möglichst in eine Richtung: In Niddatal will die Politik an einem Strang ziehen. (Foto: dpa)

»Klein-Klein-Denken«, welches im Wahlkampf deutlich zum Tragen gekommen sei, ein Ende haben muss. »Die Hallengegnern haben Stimmung in den Ortsteilen gemacht.« In Kaichen habe es geheißt, die Dorferneuerung stehe auf dem Spiel, in Ilbenstadt sei es die Bürgerhaus-Sanierung gewesen.

Im Stadtparlament sehe es ähnlich aus. Da würden nicht selten persönliche Befindlichkeiten Auswirkungen auf die Anträge haben. »So etwas muss man zurückstellen, um für Niddatal etwas zu erreichen«, findet Sierach. Die in dieser Wahlperiode neu hinzugestoßenen SPD-Fraktionsmitglieder seien zum Teil »erschrocken« gewesen, wie im Stadtparlament gearbeitet werde, berichtet der Sozialdemokrat. Doch auch er sagt: »Jetzt müssen wir an einem Strang ziehen.« Man habe be-

reits vorsichtig die Fühler ausgestreckt um bei den anderen Parteien nachgefragt, ob man in der Haushaltsdebatte nicht gemeinsame Anträge stellen sollte.

»Die Situation ist brenzlich«

Die Hallenbefürworter hatten CDU, Grünen und FDP vorgeworfen, mit ihrem ständigen Verweis auf die Neuverschuldung Angst zu schüren. »Die einen nennen das Panikmache. Aber realistisch gesehen ist die Haushaltssituation doch recht brenzlich«, konstatiert Erster Stadtrat Kurt Meisinger (CDU). »Wir müssen von den 1,5 Millionen Defizit die wir jedes Jahr im Ergebnishaushalt haben, runterkommen.« Die Parteien im Stadtparlament seien nun gefordert, »das Rude herumzureißen«. Dazu gehöre auch, dass Magistrat und Stadtverordnete bei Sparmaßnahmen nicht gegenseitig mit dem Finger auf sich zeigen. »Wir müssen den Bürgern mit einer Stimme erklären, dass die städtischen Grünanlagen künftig vielleicht nicht mehr alle drei Wochen gehegt und gepflegt werden können.« Parteienganzk sei hier unangebracht, sagt Meisinger, betont aber auch »Bürgermeister Hertel muss endlich aufhören, Störfeuer zu legen.«

In der Ausschusssitzung am Dienstag, bei der die erste Lesung des Haushalts 2013 stand, waren die Stadtverordneten bemüht erste Ergebnisse zu liefern. Über die Idee von Achim Saßmannshausen (SPD), die Sitzungsgelder um 50 Prozent zu kürzen oder Zuschüsse nur Vereinen mit Jugendarbeit zu gewähren, wird in den nächsten Sitzungen diskutiert werden. Man darf gespannt sein ob die Politik ihr Versprechen einhält.

»Freuen uns auf neue Halle«

## Fazit der BI: Wir haben eine Menge bewegt

Niddatal (pm). In einem offenen Brief hat sich die Bürgerinitiative »Zweifelhalle Niddatal« bei den 835 Niddatalern bedankt, die beim Bürgerentscheid mit »Ja« gestimmt hatten. »Das große Ziel wurde nicht erreicht. Trotzdem können wir zufrieden sein. Wir haben eine Menge bewegt«, teilt Sprecher Lothar Riemann mit. Das zeige nicht zuletzt die mit 45 Prozent recht hohe Wahlbeteiligung.

Engagierte Bürger hätten ihr demokratisches Recht in Anspruch genommen und einen Bürgerentscheid herbeigeführt. In acht Bürgerversammlungen sei das Thema aus-

föhrlich erörtert worden. Der Bürger habe hierzu ein eindeutiges Votum abgegeben. »Wir freuen uns nun auf eine neue Halle, die im Endeffekt jedoch keine spürbare Verbesserung des Sportangebots darstellt«, so Riemann.

Die Bürgerinitiative löse sich nun auf. »Was bleibt, sind kritische Bürger, die zukünftig die Arbeit und Beschlüsse der politischen Parteien und ihrer Stadtverordneten aufmerksam beobachten und kommentieren werden.« Von besonderem Interesse werde sein, für welche Projekte die Kredite zukünftig genutzt werden.